

NIEDERSCHRIFT

25. Sitzung (VIII. Wahlperiode)
Hauptausschuss

Sitzungsdatum:
Dienstag, 12.11.2013

Beginn:
16:00 Uhr

Sitzungsort:
**Ratssaal, Don-Bosco-Straße 6,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Haushalt 2014 VIII/917.1
 - a) Beratungen über die Haushaltssatzung 2014 mit Haushaltsplan und Anlagen
 - b) Beratungen über die 2. Fortschreibung des Haushalts-sanierungsplanes 2012
4. Stellen- und Organisationsplan 2014 der Stadt Korschenbroich sowie der städtischen Eigenbetriebe VIII/886.1
5. Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2014 in Verbindung mit der Neufassung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Korschenbroich VIII/937
6. Mitteilungen
7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
2. Stadtwerke Korschenbroich VIII/106.7
hier: Beratungen über den Abschluss eines neuen Konsortial-
vertrages und über die hieraus resultierenden geänderten
Regelungen zum Beitritt der Stadt
3. Mitteilungen
Mitteilung über die Vergabeentscheidung gemäß § 7 Abs. 4 der
Vergabeordnung der Stadt Korschenbroich
hier: Auftrag zur Lieferung von elektrischer Energie
4. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

25. Sitzung des Hauptausschusses Dienstag, 12. November 2013, 16:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Dick, Heinz Josef

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter

Brieske, Reinhard

Fonk, Petra

Kauerz, Wolfgang

Krappa, Gerd

Lieser, Wolfgang

Schöttke, Klaus-Peter

Verheyden, Bert

(bei Punkt III/2 gegangen)
(Vertretung f. Venten, Marc)

(Vertreter f. Heimanns, Hans-Bert)
(ab 18:15 Uhr Vertreter f. Schöttke)

SPD-Ratsfraktion

Jahny, Paul

Richter, Albert

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar

Goebel, Jutta

FDP-Ratsfraktion

Treptow, Britta

Wolf-Kluthausen, Hanne

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Houben, Wolfgang

Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW

Makowiack, Bernd

Von der Verwaltung anwesend

Beigeordneter Stadtkämmerer Schultze, Bernd Dieter

Stadtoberverwaltungsrat Königsmark, Rainer

Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus

Fachbereichsleiter Onkelbach, Georg

Stadtamtsrat Schröder, Achim

Stadtinspektor Raddatz, Felix

Pressesprecherin Schirmer, Silke

Schriftführer

Der Ausschussvorsitzende Heinz Josef Dick eröffnet die 25. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

Der Vorsitzende des City-Rings Korschenbroich, Christoph Kamper, meldet sich zu Wort und überreicht dem Bürgermeister Heinz Josef Dick eine Unterschriftenliste zum Thema „Parkplatz für das neue Rathaus“. Er teilt mit, dass innerhalb kürzester Zeit über 500 Unterschriften zusammengekommen seien.

Die Unterschriftenliste ist im Rathaus der Stadt Korschenbroich einzusehen und wird der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Anschließend meldet sich der Geschäftsführer des Modehauses Steigels, Bernhard Eßer, zu Wort. Er erläutert, dass im nächsten Jahr durch die Eröffnung der Mönchengladbacher Arkaden die Konkurrenzsituation im Einzelhandel der Stadt Korschenbroich weiter verschärft werden würde. Insofern sei es wichtig, schnell für neue Parkplätze im Ortskern zu sorgen. Hierbei müsste insbesondere auch der Sicherheitsaspekt für die An- und Abreise von Schulkindern beachtet werden.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird Stadtinspektor Felix Raddatz einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird das Ausschussmitglied Britta Treptow einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

3. Haushalt 2014

a) Beratungen über die Haushaltssatzung 2014 mit Haushaltsplan und Anlagen

b) Beratungen über die 2. Fortschreibung des Haushalts-sanierungsplanes 2012

Zu Beginn der Haushaltsberatungen weist Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze auf einige wesentliche Eckdaten des Haushaltsentwurfes hin. Er teilt mit, dass die Industrie- und Handelskammer trotz erneuter Bitte wiederum keine Stellungnahme zum Haushalt abgegeben hat. Anschließend bezieht er sich auf einige inzwischen bekannte Eckdaten zum Haushaltsentwurf des Rhein-Kreises Neuss, die bei der Haushaltsplanaufstellung der Stadt Korschenbroich noch nicht vorlagen. So sei insbesondere beabsichtigt, die Kreisumlage von 40,9 auf 39,8 Punkte und den SGB 2-Anteil von 4,34 auf 4,32 Punkte abzusenken und die Jugendamtumlage von 17,254 auf 19,054 Punkte zu erhöhen. Hieraus resultierten unter dem Strich Verbesserungen für den Haushalt 2014 der Stadt Korschenbroich.

Des Weiteren erklärt Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze, dass der Rhein-Kreis Neuss beabsichtigt, am 17.12.2013 den Haushalt für die Jahre 2014 und 2015 einzubringen, die Haushaltsberatungen des Kreises werden bis März nächsten Jahres erwartet. Insofern solle man zunächst abwarten und die Haushaltsansätze des Haushaltes 2014 der Stadt Korschenbroich unverändert belassen, um ggf. Spielraum bei der Bewirtschaftung zu haben.

Zur Information teilt Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze bezogen auf das Haushaltsjahr 2013 mit, dass für die Finanzierung des neuen Übergangwohnheimes in Herrenshoff noch in diesem Jahr überplanmäßige Mittel bereitgestellt werden müssten. Die ursprüngliche Planung sah vor, dass im Jahre 2013 und im Jahre 2014 jeweils 250.000,00 € bereit gestellt werden. Die aktuelle Entwicklung mit über 50 neuen Asylbewerbern seit Juli diesen Jahres zeige aber, dass man schnell reagieren müsse. Daher wird vorgeschlagen, für die vorübergehende Unterbringung zusätzliche Mittel in Höhe von 89.000,00 € vorzusehen und für die Baumaßnahme und die gleichzeitige Aufstockung von 8 auf 12 Wohnungen überplanmäßige Mittel in Höhe von 362.000,00 €. Er betont, dass eine Umsetzung in 2013 empfehlenswert sei, da man sonst mit der Maßnahme bis zur Genehmigung des Haushaltes 2014 abwarten müsse. Zur Deckung schlägt Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze zum einen Investitions-pauschalen aus Vorjahren vor, die aktuell unter der Bilanzposition „Sonstige Verbindlichkeiten“ verbucht sind, sowie Mehrerträge, die aus einem Urteil zum Einheitslastenabrechnungsgesetz (ELAG) erwartet werden.

Ausschussmitglied Paul Jahny sieht ebenfalls die Notwendigkeit, schnell zu reagieren. Es bestehe die Verpflichtung der Stadt, für die Unterbringung der Asylbewerber zu sorgen. Insofern sei der Schritt der Verwaltung, bereits im laufenden Jahr überplanmäßige Mittel bereitzustellen, konsequent. Eine Entscheidung hierzu müsse in der nächsten Ratssitzung erfolgen.

Im Folgenden berät der Hauptausschuss anhand einer kurzen Präsentation der Verwaltung die Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2014.

Die Haushaltsanträge der Fraktionen sind dieser Niederschrift als Anlage 2 bis 5 und wesentlicher Bestandteil beigelegt.

a) Beratungen über die Haushaltssatzung 2014 mit Haushaltsplan und Anlagen

3.1 Energiebewirtschaftung (CDU/SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ausschussmitglied Paul Jahny erläutert den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD und verweist auf die Diskussion zum Thema Energiebewirtschaftung in den Haushaltsberatungen 2013. Der durch die Verwaltung vorgelegte Energiebericht 2012 sei eine gute Basis für die notwendigen Schritte. Er weist darauf hin, dass zum Teil bereits Fördergelder für verschiedene Maßnahmen beantragt wurden. Daher müsse insbesondere darauf geachtet werden, dass für die Vorhaben auch die notwendigen investiven Mittel in den Haushalt gestellt werden. Eine umfangreiche Kosten-Nutzen-Analyse sei für die Bewertung jedes Einzelfalles unabdingbar.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben bezieht sich auf den Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und konkretisiert verschiedene Maßnahmen im Zusammenhang mit Energieeinsparungen. Sein Fokus liege hauptsächlich auf den städtischen Gebäuden. Er erinnert ebenfalls an Haushaltsanträge vorheriger Jahre, und zeigt sich verärgert, dass eine Bearbeitung und Berichterstattung durch die Verwaltung noch nicht erfolgt sei. Hinsichtlich

der im Haushaltsantrag dargelegten Vorschläge sei die Wirtschaftlichkeit einer Maßnahme von entscheidender Bedeutung.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach erklärt, dass das Personal für die gewünschten Wirtschaftlichkeitsberechnungen im Energiebereich nicht zur Verfügung stand. Er führt aus, dass die personellen Ressourcen insbesondere für den U-3 Ausbau, die Zentralisierung der Verwaltung sowie die Ausschreibung von Stromlieferverträgen verwendet worden seien. Obwohl der Fokus auf diese Projekte gelegt worden sei, werde weiterhin am Energiethema gearbeitet. Er beabsichtigt, die Vorschläge der Verwaltung im Jahr 2014 als Gesamtpaket vorzustellen, um dann im Dialog mit der Politik eine Priorisierung vornehmen zu können.

Ausschussmitglied Paul Jahny fragt nach, ob die teilweise im Energiebericht aufgeführten Fördergelder für Maßnahmen wegen des zeitlichen Verzuges verfallen könnten.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach entgegnet, dass in Abstimmung mit Amt 20 Finanzen diese Maßnahmen im Rahmen der verfügbaren Mittel vorgezogen würden.

Ausschussmitglied Peter Berger unterstreicht die Bedeutung des Energiemanagements der Verwaltung. Die Ausarbeitung verschiedener Maßnahmen sieht er als laufenden Prozess.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach ergänzt, dass beispielsweise die beabsichtigten energiesparenden Maßnahmen am Kindergarten Am Hallenbad die Problematik der Umsetzung solcher Maßnahmen zeigen würden. Hier seien nicht nur Lösungen im Bereich der Technik zu finden, es müsse auch das notwendige Know-how aufgebaut werden und eine wirtschaftliche Darstellung möglich sein.

Bürgermeister Heinz Josef Dick betont, dass im Übrigen auch die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene noch die ein oder andere Veränderung im Energiesektor bewirken könnten. Dies hätte dann auch Auswirkungen auf die Vorgehensweise der Stadt Korschenbroich.

Die Anträge der Fraktionen CDU/SPD und Bündnis 90/Die Grünen werden als ein Beschluss zusammengefasst.

| | |
|--|--|
| Beschluss-Nr. VIII/917.1.1 | Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen |
| Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, dem zuständigen Fachausschuss weitere Energieeinsparmöglichkeiten unter Bezifferung des hierfür erforderlichen finanziellen Aufwands im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse gemäß der Antragstellung darzustellen. | |

3.2 Parksituation Borrenstraße/Don-Bosco-Straße (CDU/SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ausschussmitglied Peter Berger erläutert einleitend den beantragten Sperrvermerk über den Haushaltsansatz in Höhe von 90.000,00 € für die Schaffung neuer Parkplätze im Bereich Borrenstraße/Don-Bosco-Straße. Er betont, dass ein Sperrvermerk keine Streichung des Ansatzes bedeuten würde. Zur Begründung führt er aus, dass die mit der Neuschaffung des Parkplatzes zusammenhängende Problematik noch einmal im Planungsausschuss besprochen werden soll. Insbesondere müssten noch Fragen der Erschließung und Zuwegung diskutiert werden. Er stellt seine Überlegung vor, eine Parkscheibenregelung für Besucherplätze der Verwaltung zu testen. In jedem Fall sei es wichtig, zunächst ein umfassendes Bild

der erst seit wenigen Wochen existierenden Problematik zu erstellen, um dann unter Abwägung aller Interessen eine Entscheidung treffen zu können. Mit Bezug auf die Behauptungen des Geschäftsführers des Modehauses Steigels, Bernhard Eßer, erklärt er, dass Parkplätze im Ortskern zwar weggefallen seien, aber auch neue entstanden sind. Insofern sei der Notstand an Parkplätzen nicht so extrem, wie teilweise dargestellt. Eine vorübergehende Sperre der Haushaltsmittel sei seiner Ansicht nach die beste Möglichkeit, das Thema weitergehend zu untersuchen. Gegebenenfalls könne die Sperre dann im Laufe des Haushaltsjahres 2014 aufgehoben werden.

Ausschussmitglied Albert Richter stellt klar, dass eine Haushaltssperre insbesondere dafür wichtig sei, zunächst umfassende Überlegungen bezüglich einer Konzeption anstellen zu können und dann eine Entscheidung treffen zu können. Die Interessenslage stelle sich für ihn so dar, dass der Einzelhandel in Korschenbroich insbesondere kurzfristige Parkmöglichkeiten bevorzuge, während die vorhandenen Parkplätze im Bereich Borrenstraße/Don-Bosco-Straße derzeit eher als Dauerparkplätze fungieren. Eine flexiblere Gestaltung dieser Parkplätze als Kurzparkplätze sei daher aus seiner Sicht überlegenswert. Auch die durch Ausschussmitglied Peter Berger bereits erwähnte Parkscheibenregelung sei zu Testzwecken durchaus zu befürworten. Aufgrund der noch erforderlichen Untersuchungen zu diesem Thema empfehle er daher eine Sperrung des Haushaltsansatzes, und keine Streichung.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt klar, dass aus seiner Sicht das in den Jahren 2007 und 2008 erstellte Wegmann-Konzept für den Ortskern auf Grundlage der jetzigen Konzeption eindeutig eine Schaffung von weiteren Parkplätzen vorsehe. Des Weiteren führt Bürgermeister Heinz Josef Dick aus, dass aufgrund des Wegfalls der 13. Klasse am Gymnasium sogar weniger Schüler mit dem Auto fahren würden, als bisher. Die seit einigen Wochen bestehende Parkplatzproblematik hinge vielmehr damit zusammen, dass aufgrund der umgesetzten Verwaltungszentralisierung mehr Verwaltungsmitarbeiter die Parkplätze nutzen würden.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben stellt den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD als nicht weitgehend genug heraus. Er unterstreicht, dass im Ortskern genügend freie Parkplätze vorhanden seien. Er sieht eher das Problem, das Kunden in der Regel direkt vor dem entsprechenden Geschäft parken wollen. Dieser Parkplatzsuchverkehr lasse sich auch nicht mit der Schaffung neuer Parkplätze im Bereich Borrenstraße/Don-Bosco-Straße verhindern. Mit Hinblick auf die Überlegungen seiner Vorredner Peter Berger und Albert Richter schließt auch er sich Überlegungen für eine vorübergehende Parkscheibenregelung im Ortskern an. Seine Fraktion beantrage die Streichung der Haushaltsmittel in Höhe von 90.000,00 €, um dadurch Druck für weitere Untersuchungen aufzubauen.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen beklagt, dass im Stadtgebiet zwar Parkplätze genug vorhanden seien, diese nur nicht richtig genutzt würden. Am Beispiel Katharinaplatz stellt sie dar, dass es dort zwar eine Parkscheibenregelung gäbe, die Parkscheiben nach einer Stunde aber sofort wieder umgestellt würden. Aus ihrer Sicht seien die detaillierte Überprüfung und eine Sperre des Haushaltsansatzes sinnvoll.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell spricht sich für die Schaffung eines neuen Parkplatzes aus, da aus seiner Sicht der Bedarf vorhanden sei.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack schließt sich der Position der Fraktion Die Aktive an und betont, dass weitere Hinweisschilder für Parkplätze im Ortskern sinnvoll seien.

In Bezug darauf teilt Ausschussmitglied Peter Berger mit, dass die Ausweitung der Beschilderung von Parkplätzen bereits im Wirtschaftsförderungsausschuss thematisiert wurde. Abschließend weist er nochmals darauf hin, dass die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

25. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich vom 12.11.2013

Seite 8 von 19

beantragte Streichung der Haushaltsmittel für einen neuen Parkplatz die Verlagerung dieses Themas auf den Haushalt 2015 bedeuten würde.

Es folgt die getrennte Abstimmung über die beiden Haushaltsanträge.

| | |
|---|--|
| Beschluss-Nr. VIII/917.1.2 | Abstimmungsergebnis: 1 Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen |
| Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt mehrheitlich den Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Investitionsmittel in Höhe von 90.000,00 € für den Bau eines Parkplatzes Ecke Borrenstraße/Don-Bosco-Straße aus dem Haushalt zu streichen, bei einer Ja-Stimme der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. | |

| | |
|--|--|
| Beschluss-Nr. VIII/917.1.3 | Abstimmungsergebnis: 12 Stimmen dafür 3 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen |
| Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat mehrheitlich bei Gegenstimmen der Ratsfraktion Die Aktive sowie des Bürgermeisters, die Investitionsmittel für die Anlage eines Parkplatzes an der Borrenstraße/Don-Bosco-Straße in Höhe von 90.000,00 € mit einem Sperrvermerk zu versehen. | |

3.3 Haushaltsansatz zur Beteiligung an den Stadtwerken Korschenbroich (CDU/SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ausschussmitglied Peter Berger weist darauf hin, dass der Entwurf des Haushaltes 2014 die Beteiligung an den Stadtwerken Korschenbroich mit einem Betrag von 2,5 Mio. € vorsieht. Er empfiehlt, diese Mittel ebenfalls zu sperren. Im Folgenden gibt er einen Einblick in das bisherige Verfahren zur Stadtwerkegründung und das ursprüngliche Zielmodell. Letztendlich sei die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens aufgrund der fehlenden Anerkennung des steuerlichen Querverbundes und einer neuen Zerlegung der Gewerbesteuer der NEW AG nicht erreicht worden. Als Verhandlungsergebnis wurde der Stadt allerdings eine Beteiligungsoption für das Jahr 2019 zugesichert. Vor dem Hintergrund der dann neuen Rahmenbedingungen und des Auslaufens des Gaskonzessionsvertrages im Jahr 2018 sieht er die Sperre der Mittel für die Beteiligung als Merkposten.

Ausschussmitglied Albert Richter sieht in der Frage nach der Beteiligung an Stadtwerken den Fokus auf der Wirtschaftlichkeit. Diese sei zwar auf Grundlage der aktuellen Berechnungen nicht gegeben, allerdings sei es ratsam, eine Entscheidung bis zum Jahre 2019 weiterhin offen zu halten. Es sei durchaus denkbar, dass in einigen Jahren andere Umstände zu der Wirtschaftlichkeit einer Stadtwerkebeteiligung führen könnten. Er empfiehlt daher die im Haushaltsentwurf 2014 eingeplanten Mittel vorerst nur zu sperren. Anschließend weist er mit Bezug auf den noch anstehenden Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil dieser Hauptausschusssitzung darauf hin, dass es durchaus mehrere Arten einer Beteiligung an einem Energieversorger gäbe.

Für Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell sei die entscheidende Frage zu einer Stadtwerkebeteiligung, ob es sich rechnet, oder nicht. Da aktuell die Wirtschaftlichkeit einer

Beteiligung nicht nachgewiesen werden könne befürwortet er die Streichung des Haushaltsansatzes.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben sieht ebenfalls keine Aussicht auf Ertrag für den Städtischen Haushalt. Es skizziert, dass die Zahlen immer weiter nach unten korrigiert wurden. Die in den Raum gestellte Beteiligung an den Stadtwerken zu einem späteren Zeitpunkt, evtl. sogar mit der Sparte Gas, sei seiner Ansicht nach noch teurer. Insofern habe die Beteiligung an Stadtwerken für die Stadt Korschenbroich keine Perspektive.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erläutert, dass der Haushaltsansatz in Höhe von 2,5 Mio. € gebildet wurde, um für alle Beteiligungsmöglichkeiten Mittel zur Verfügung zu haben. Eine Sperre dieser Mittel sei aus seiner Sicht in Ordnung, da eine Beteiligung an Stadtwerken sowieso durch die politischen Gremien entschieden werden müsse.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen teilt mit, dass sich ihre Fraktion bereits gegen die Stadtwerkebeteiligung entschieden habe und daher eine Streichung der Haushaltsmittel befürwortet.

Ausschussmitglied Albert Richter bezieht sich auf die Sitzungsvorlage für den nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung und unterstreicht, dass sich die bisherigen Untersuchungen zur Wirtschaftlichkeit einer Stadtwerkebeteiligung für den städtischen Haushalt durchaus gelohnt hätten. Eine Beteiligung käme für die Stadt als nächster Schritt erst in Frage, wenn sich diese wirtschaftlich darstellen lasse. Er weist nochmals darauf hin, dass grundsätzlich verschiedene Arten der Beteiligung denkbar seien, insofern sollten die Haushaltsmittel nicht gestrichen, sondern nur gesperrt werden.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack spricht sich ebenfalls dafür aus, die eingeräumte Beteiligungsoption für das Jahr 2019 bestehen zu lassen. Im Übrigen empfehle er, das Thema in den nichtöffentlichen Teil zu verschieben.

Bürgermeister Heinz Josef Dick unterstreicht, dass in jedem Fall vor einer Beteiligung der Stadt an den Stadtwerken ein neuer Beschluss des Rates erforderlich sei. Insofern bliebe im Hinblick auf den gemeinsamen Antrag der Fraktion CDU und SPD die Entscheidungskompetenz des Rates erhalten.

Für Ausschussmitglied Peter Berger ist die öffentliche Diskussion des Themas wichtig. Er sieht die seinerzeit getroffene Entscheidung, die Wirtschaftlichkeit der Stadtwerkegründung untersuchen zu lassen, als richtig an. Das nunmehr erzielte Ergebnis sei für die Stadt sehr positiv, auch wenn aufgrund der fehlenden Wirtschaftlichkeit von einer Beteiligung zum jetzigen Zeitpunkt abzusehen sei. Die Überprüfung des Stadtwerkethemas sei zu jeder Zeit als ergebnisoffen behandelt wurden, sowohl von Politik, als auch durch die Verwaltung. Im Übrigen habe man bereits jetzt die Zielsetzungen der Zusammenlegung der Stromnetze im Korschenbroicher Stadtgebiet und die Erhaltung der Versorgungssicherheit erreicht.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben entgegnet, dass die Zusammenlegung der Stromnetze ohne Nutzen sei. Für ihn sei der Ertrag aus den Untersuchungen sehr fragwürdig. Er ergänzt, dass die Stadt keine verfügbaren Mittel für Anleihen oder dergleichen hätte, insofern sollte der Haushaltsansatz gestrichen werden.

Im Folgenden wird über die beiden Anträge der Fraktion CDU/SPD und Bündnis 90/Die Grünen getrennt abgestimmt.

| | |
|---|---|
| Beschluss-Nr. VIII/917.1.4 | Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür 10 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen |
| <p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Investitionsmittel für die Beteiligung an den Stadtwerken Korschenbroich in Höhe von 2,5 Mio. € zu streichen, mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD sowie des Bürgermeisters ab.</p> | |
| Beschluss-Nr. VIII/917.1.5 | Abstimmungsergebnis: 10 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 5 Stimmenthaltungen |
| <p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat bei Stimmenthaltungen der Ratsfraktionen Die Aktive, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, die Investitionsmittel für die Beteiligung an den Stadtwerken Korschenbroich in Höhe von 2,5 Mio. € mit einem Sperrvermerk zu versehen.</p> | |

3.4 Gebäude Hindenburgstraße 56 (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert die Problematik im Zusammenhang mit der Unterbringung der Eigenbetriebe Stadtpflege und Städtischer Abwasserbetrieb. Gleichzeitig sei die Verwendung des nunmehr leerstehenden Verwaltungsgebäudes Hindenburgstraße 56 Thema. Dieses Gebäude stehe zurzeit leer und somit für verschiedene Nutzungsarten zur Verfügung. Auf der anderen Seite stellt sich der beabsichtigte Neubau für die beiden Eigenbetriebe aktuell als zu teuer dar. Aufgrund dieses Zusammenhanges beantrage seine Fraktion daher, das Gebäude Hindenburgstraße 56 langfristig für die Unterbringung der Verwaltung der beiden Städtischen Eigenbetriebe zu nutzen.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach geht auf den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive ein und verweist auf einen Beschluss des Gemeinsamen Betriebsausschusses. Darin wurde die Gesamtverlagerung der Eigenbetriebe mit allen Betriebsteilen, also sowohl Verwaltung, als auch Technik, empfohlen. Alles andere sei aus seiner Sicht arbeitstechnisch nicht zielführend. Seiner Ansicht nach sei die vorübergehende, kurzfristige Nutzung des leerstehenden Verwaltungsgebäudes durchaus denkbar, langfristig sei jedoch die Zusammenlegung aller Betriebsteile für den Betriebsablauf zwingend.

Ausschussmitglied Peter Berger erklärt, dass die Diskussionen über die Verlagerung der Eigenbetriebe noch andauern würden. Insofern sei eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt über die langfristige Nutzung des Gebäudes Hindenburgstraße 56 für den Betriebsteil der Verwaltung schwierig. Außerdem müsste das Objekt erst noch hergerichtet werden. Eine langfristige Nutzung würde insofern neue Investitionen bedingen.

Ausschussmitglied Britta Treptow erkundigt sich nach den langfristigen Planungen für die energetische Herrichtung des Gebäudes sowie den Investitionsbedarf.

Bürgermeister Heinz Josef Dick führt aus, dass zunächst die Aufgabe des Gebäudes ange-dacht war. Allerdings stellte sich heraus, dass die Buchrestwerte des Gebäudes in Relation zu einem möglichen Kaufpreis noch sehr hoch seien und daher der Haushalt unter Umständen mit erheblichen Abschreibungen belastet werden würde. Deshalb wurden als Alternativ-

lösungen Verpachtungsmodelle in Betracht gezogen. Zum jetzigen Zeitpunkt rate er allerdings von einer langfristigen Entscheidung ab. Diese würde die langfristige Trennung der Betriebsteile von Verwaltung und Technik der Eigenbetriebe zementieren. Er empfiehlt daher zunächst die Untersuchungen der Verwaltung abzuwarten.

Ausschussmitglied Albert Richter fasst noch einmal die wesentlichen Fragestellungen zusammen. Er spricht sich dafür aus, dass die Betriebsteile der Eigenbetriebe nicht auseinander gerissen werden sollen. Gleichzeitig müsste aber darauf geachtet werden, dass die Kosten für die Verlagerung der Eigenbetriebe nicht überschritten werden. Schließlich müsse auch die Frage nach der Nutzung des leergewordenen Gebäudes Hindenburgstraße 56 geklärt werden. Er empfiehlt, die weitergehenden Untersuchungen abzuwarten und im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014 keine abschließende Entscheidung hierzu zu treffen.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach betont nochmals, dass im Gemeinsamen Betriebsausschuss per Beschluss die langfristige Trennung von Verwaltung und Technik der Eigenbetriebe abgelehnt wurde.

Ausschussmitglied Britta Treptow fragt nach, ob auch bei der Verpachtungslösung die energetische und bauliche Sanierung des Gebäudes erforderlich wäre.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass dies durchaus möglich sein könnte. Insofern sei eine Entscheidung zur Verpachtung nur auf Basis einer Kostenrechnung möglich. Aus seiner Sicht sei immer noch der Verkauf des Gebäudes die beste Variante, sofern das Verhältnis von Kaufpreis zu Buchrestwert für die Stadt keinen erheblichen Abschreibungsaufwand bedeuten würde. Er verweist auf die anstehende Diskussionen im Liegenschaftsausschuss und das noch zu erarbeitende Konzept.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben merkt an, dass seiner Ansicht nach die langfristige Nutzung des Gebäudes Hindenburgstraße 56, wie von der Fraktion Die Aktive beantragt, sowohl im Haushalt als auch dem Betriebsablauf des Eigenbetriebes schaden würde. Er spreche sich daher für eine zügige Entscheidung der Verlagerung sowie des Umgangs mit dem Gebäude aus.

Unter der ausdrücklichen Bedingung, dass die vereinbarten Kosten für die Verlagerung der Eigenbetriebe in Höhe von 3,75 Mio. € nicht überschritten werden, zieht Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell den Antrag seiner Fraktion zurück.

3.5 Bewirtschaftung der Bürgerhäuser und Sporthallen (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erläutert den Antrag der Fraktion FDP zum Thema Bürgerhäuser und Sporthallen. Mit Bezug auf den GPA-Bericht zur Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes (Stärkungspakt Stadtfinanzen) fordert sie div. Prüfungen zur Wirtschaftlichkeit. Unter Umständen sei es auch denkbar, Spezialisten für die Ermittlung von Einsparpotentialen im Bereich der Bürgerhäuser und Sporthallen zu beauftragen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass die Beauftragung von Beratern zu teuer sei und sich nicht lohnen würde. Im Übrigen seien bereits verschiedene Überlegungen zur Bewirtschaftung der Bürgerhäuser angestellt wurden, beispielsweise für den Sandbauernhof. Hierzu wurde seinerzeit beschlossen, von einer Bewirtschaftung abzusehen, um keine Konkurrenz für die örtliche Gastronomie herzustellen.

Ausschussmitglied Paul Jahny stellt klar, dass Bestrebungen zur Gewinnmaximierung vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage immer überlegungswert seien. Die Belegung von Bürgerhäusern gegen Geld sei damals schon probiert wurden, hätte jedoch nicht den

erhofften Nutzen gebracht. Im Hinblick auf die Belastung der Nutzer der Einrichtungen sei eine Entscheidung zur Bewirtschaftung von Bürgerhäusern oder Sporthallen immer differenziert zu betrachten.

Ausschussmitglied Peter Berger weist darauf hin, dass die Bewirtschaftung von Bürgerhäusern und Sporthallen fasst jedes Jahr im Rahmen der Haushaltsberatungen thematisiert werden würde. Er betont, dass die Nutzer der Einrichtungen, die durch solche Entscheidungen belastet werden würden, insbesondere die Vereine vor Ort seien. Diese würden jedoch bereits an den Energiekosten beteiligt. Eine weitere Beteiligung der Nutzer stünde seiner Ansicht nach in keiner Relation zur Haushaltsentlastung.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen spricht den ebenfalls im Haushaltsantrag der Fraktion FDP genannten Vorschlag zum Sponsoring von Sporthallen an. Hier sehe sie Potenzial, dass durch die Verwaltung geprüft werden solle.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert, dass verschiedene Arten von Sponsoring bereits durch die Stadt Korschenbroich praktiziert werden würden. Die Hinzugewinnung von großen Unternehmen für Sponsoring in Korschenbroich sei seiner Ansicht nach kaum vorstellbar.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erklärt, dass er den Verkauf von Hallennamen als sinnvoll erachtet.

Daraufhin entgegnet Ausschussmitglied Albert Richter, dass erst verschiedene Regelungen über den Verkaufswert von Hallennamen geschaffen werden müssten.

Es folgt der Beschluss zur Bewirtschaftung und Vermarktung von Bürgerhäusern und Sporthallen.

| | |
|---|--|
| Beschluss-Nr. VIII/917.1.6 | Abstimmungsergebnis: 1 Stimmen dafür 13 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltungen |
| Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt mehrheitlich den Antrag der Fraktion FDP, die Bewirtschaftung und Vermarktung von Bürgerhäusern und Sporthallen in Korschenbroich zu prüfen, bei 1 Ja-Stimme von Hanne Wolf-Kluthausen und 1 Stimmenthaltung von Britta Treptow ab. | |

3.6 Sponsoring (FDP)

Im Anschluss an die Diskussionen zum vorherigen Haushaltsantrag (Bewirtschaftung und Vermarktung von Bürgerhäusern und Sporthallen) erkundigt sich Ausschussmitglied Peter Berger, ob der Haushaltsantrag der Fraktion FDP mit Sponsoring das aktive Werben mit Geld um Firmen meint, oder lediglich ein passives Sponsoring, wo interessierte Unternehmen sich an die Stadt wenden können.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen stellt klar, dass sie durchaus ein aktives Sponsoring unter Zuhilfenahme der üblichen Marketinginstrumente, befürwortet.

| | |
|--|--|
| Beschluss-Nr. VIII/917.1.7 | Abstimmungsergebnis: 4 Stimmen dafür 11 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen |
| Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Fraktion FDP, ein aktives Sponsoring von Sporthallen einzuführen, bei Ja-Stimmen der Fraktion Die Aktive und der Fraktion FDP ab. | |

3.7 Bestattungswesen (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen bezieht sich auf den Antrag ihrer Fraktion und stellt diesen im Zusammenhang mit dem Prüfergebnis der GPA NRW, welches im GPA-Bericht zur Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes (Stärkungspakt Stadtfinanzen) zum Ausdruck kommt.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach erläutert, dass der öffentliche Grünanteil für Friedhöfe aktuell bei 25 % liegt. Dieser Anteil ginge zu Lasten des städtischen Haushaltes. Allerdings dürfte es nicht unerwähnt bleiben, dass der öffentliche Grünanteil auf der einen und die Friedhofsgebühren auf der anderen Seite im direkten Zusammenhang stehen. Eine Heruntersetzung des öffentlichen Grünanteils würde den Haushalt der Stadt Korschenbroich entlasten, gleichzeitig aber die Friedhofsgebühren anheben und somit den Gebührenzahler belasten. Insofern rate er von der Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW ab.

Bürgermeister Heinz Josef Dick bezeichnet den öffentlichen Grünflächenanteil mit 25 % im interkommunalen Vergleich als relativ hoch.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Hanne Wolf-Kluthausen, die Grünpflegekosten auf Friedhöfen zu reduzieren, antwortet Fachbereichsleiter Georg Onkelbach, dass beispielsweise Überhangflächen im Rahmen der Umsetzung des Friedhofskonzeptes für die Friedhofsgebühr bereits rausgerechnet wurden.

Ausschussmitglied Jutta Goebel kritisiert, dass die Kosten der Bewirtschaftung einer Grünfläche gar nicht bekannt seien, und insofern auch eine Entscheidung schwierig werde. Daraufhin entgegnet Fachbereichsleiter Georg Onkelbach, dass die Kosten durchaus bekannt seien, allerdings keine Vergleichswerte anderer Kommunen vorlägen. Weiter führt er aus, dass für die Pflege der acht Städtischen Friedhöfe zurzeit sechs Mitarbeiter eingeteilt seien. Alle Kosten würden direkt auf den Bereich Friedhofswesen gebucht.

Ausschussmitglied Peter Berger bezieht sich ebenfalls auf den angesprochenen GPA-Bericht zur Umsetzung weiterer Konsolidierungsmaßnahmen. Er hebt hervor, dass die Verwaltung bereits auf den direkten Zusammenhang von Friedhofsgebühr und öffentlichen Grünanteil aufmerksam gemacht hat. Der Vorschlag der Fraktion FDP sei gleichbedeutend mit einer Gebührenerhöhung im Friedhofswesen. Seiner Ansicht nach hätten Friedhöfe als Begegnungsstätte durchaus auch eine Erholungsfunktion, die den relativ hohen öffentlichen Grünanteil mit 25 % rechtfertigen würde.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen stellt andere Möglichkeiten im Bereich des Friedhofswesens zur Diskussion, beispielsweise Outsourcing oder Fremdvergaben der Friedhofspflege.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach teilt mit, dass solche Versuche bereits unternommen wurden, allerdings keinen spürbaren Effekt gebracht hätten. Im Übrigen seien die Kosten für

Fremdvergaben der Friedhofspflege häufig exorbitant hoch. Grundsätzlich sei es problematisch, dass durch höhere Friedhofsgebühren immer mehr Leute in Nachbarstädte abwandern.

Daraufhin zieht Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen den Haushaltsantrag der Fraktion FDP zurück.

3.8 Kennzahlen (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert den Antrag der Fraktion Die Aktive und betont die Bedeutung von Kennzahlen für die Steuerung des Haushaltes. Seiner Ansicht nach seien im Haushaltsentwurf 2014 zu wenig Kennzahlen enthalten.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze weist darauf hin, dass beispielsweise im turnusmäßigen Jahresabschluss der Stadt Korschenbroich seit Einführung des NKF (Neues kommunales Finanzmanagement) eine Reihe von Kennzahlen enthalten sei. Man sei allerdings weiterhin dabei, auch im Rahmen der Haushaltsplanung weitere Kennzahlen mit aufzunehmen. Insofern sei er dankbar für neue Anregungen und Vorschläge für Kennzahlen.

Zu dem Antrag der Fraktion Die Aktive erfolgt keine Abstimmung.

3.9 Schlaglochmelder (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell thematisiert den seiner Ansicht nach schlechten Zustand der Straßen und sieht den Grund hierfür in den begrenzten Haushaltsmitteln für die Unterhaltung. Für ihn sei eine gezielte Sanierung der Straßen erforderlich. Insofern schlage seine Fraktion die Installation eines Schlaglochmelders im Internet vor, wie sie auch andere Städte praktizieren, um die Verwaltung auf die besonders sanierungsbedürftigen Stellen hinzuweisen und dadurch zu unterstützen.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach stellt klar, dass das notwendige Personal für die Straßenkontrolle vorhanden sei, diese Kontrollen regelmäßig durchgeführt würden und vorschriftsgemäß bis zur Abarbeitung protokolliert würden. Über das Beschwerdemanagement der Stadt Korschenbroich hätten die Bürger zudem die Möglichkeit, der Verwaltung Straßenschäden zu melden. Hiervon würde auch Gebrauch gemacht. Er gibt zu, dass das Geld für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen nicht ausreichen würde. Wenn jedoch die Verkehrssicherung beeinträchtigt sei, dann würden die Straßenschäden schnell beseitigt werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick beschreibt das eingerichtete Beschwerdemanagement bei der Stadtverwaltung Korschenbroich ebenfalls als ausreichend. Demnächst würden die Hinweise auf das Beschwerdemanagement auf der Internetseite der Stadt Korschenbroich noch weiter hervorgehoben werden.

Ausschussmitglied Peter Berger nimmt den Antrag der Fraktion Die Aktive als Erinnerungsposten zur Kenntnis. Er will zunächst die Ergebnisse der Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Straßenkataster abwarten. Ein weiteres Instrument für die Meldung von Straßenschäden durch Bürger sei seiner Meinung nach nicht erforderlich.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell befürchtet, dass die Bürger nicht immer wüssten, dass man auch Straßenschäden über das Beschwerdemanagement melden könnte.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen gibt bekannt, dass demnächst auf der Internetpräsenz der Stadt Korschenbroich deutlicher auf das Beschwerdemanagement hingewiesen

werden würde. Er informiert darüber, dass seit 2010 22 Meldungen zu Schlaglöchern über das Beschwerdemanagement eingegangen seien.

Zu dem Antrag der Fraktion Die Aktive erfolgt keine Abstimmung.

3.10 Stärkung der Wirtschaftsförderung (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert, dass es im Bereich der Wirtschaftsförderung in den letzten Jahren keine Einsparungen gegeben hätte. Aktuell bestünde die Möglichkeit, eine freiwerdende Stelle im Bereich des Bürgerbüros nicht wieder zu besetzen und gleichzeitig diesen Stellenanteil der Wirtschaftsförderung zuzuordnen.

Ausschussmitglied Peter Berger beschreibt die freiwerdende Stelle im Bürgerbüro als notwendig. Im Übrigen sei es für ihn zweifelhaft, ob die städtische Wirtschaftsförderung einer Stärkung bedarf. Dies macht er insbesondere daran fest, dass die Stadt wenig Gewerbeflächen besitzt. Zurzeit würden nur die Flächen im Gebiet Glehner Heide vermarktet. Ein neues Gewerbegebiet stünde derzeit nicht in Aussicht. Außerdem würde seines Wissens nach beispielsweise auch Frau Maaß von der Stadtverwaltung im Bereich Wirtschaftsförderung mitarbeiten. Eine Aufstockung des Stellenanteils lehne seine Fraktion daher ab.

Bürgermeister Heinz Josef Dick ergänzt, dass zudem Herr Gorzelanczyk vom Amt 10 Zentrale Dienste Vertretungsaufgaben und Mitarbeit für die Wirtschaftsförderung leistet. Da auch die WEK in diesem Bereich tätig sei, sieht er keine Notwendigkeit für die Aufstockung von Stellenanteilen.

Ausschussmitglied Albert Richter sieht die Diskussion und Vorschläge zum Thema Stellenanteile als begrüßenswert an. Er verweist auf die zum Teil sehr dünne Besetzung in der Verwaltung, die der aktuellen Haushaltssituation geschuldet sei. Er stellt heraus, dass er für eine Veränderung von Stellenanteilen im städtischen Haushalt keine Notwendigkeit sehe. Dagegen könne man über das Personal und die Tätigkeiten der WEK ggf. Überlegungen anstellen.

Für Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen ist die Errichtung einer zusätzlichen halben Stellen im Bereich der Wirtschaftsförderung keine Lösung. Wenn man in diesem Bereich tätig werden wolle, dann müsse man sich über einen komplett anderen Aufbau der Wirtschaftsförderung Gedanken machen.

| | |
|--|--|
| Beschluss-Nr. VIII/917.1.8 | Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 13 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen |
| Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt mehrheitlich den Antrag der Fraktion Die Aktive zur Stärkung der Wirtschaftsförderung bei 2 Ja-Stimmen der Ratsfraktion Die Aktive ab. | |

3.11 Prüfauftrag zur Übernahme der Straßenbeleuchtung (CDU/SPD)

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

25. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich vom 12.11.2013

Seite 16 von 19

Ausschussmitglied Albert Richter erläutert den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und SPD. Die Thematik der Straßenbeleuchtung und das Vorhandensein mehrerer Eigentümer der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet seien schon länger bekannt. Nun gehe es darum, zu prüfen, ob die gesamte Straßenbeleuchtung in einem Besitztum wirtschaftlicher

ist. Daher schlägt er als Prüfauftrag an die Verwaltung vor, über die Kosten und Nutzen der möglichen Übernahme der Straßenbeleuchtung zu informieren.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze merkt an, dass das Thema ohnehin schon in der Bearbeitung sei. Die Eigentümer der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet seien derzeit zum einen die Stadt Korschenbroich und zum anderen die NEW AG. Aus seiner Sicht sei die Straßenbeleuchtung als Vermögen in einem Besitztum sinnvoll, jedoch seien hierzu noch umfangreiche Verhandlungen notwendig. Bezüglich möglicher Einsparungen warnt er insbesondere vor einer zu hohen Erwartungshaltung. Die Gespräche mit der NEW würden derzeit geführt, die Ergebnisse im Laufe des nächsten Jahres bekannt gegeben.

| | |
|---|--|
| Beschluss-Nr. VIII/917.1.9 | Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen |
| Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, inwieweit es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, die Straßenbeleuchtung in den Ortsteilen Korschenbroich, Pesch und Liedberg von der NEW AG zu übernehmen. | |

3.12 Sonstiges

Bürgermeister Heinz Josef Dick fragt nach, ob der Hauptausschuss sonstige Anfragen oder Themen zur Haushaltsberatung vortragen möchte.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack erwähnt, dass in diesen Tagen der Presse zu entnehmen sei, dass die Stadt Mönchengladbach im Haushaltsplan regelmäßig Puffer bei den Haushaltsmitteln vorsehe. Er erkundigt sich, ob dies auch bei Stadt Korschenbroich der Fall sei.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze hält es für nicht vorstellbar, dass die Stadt Mönchengladbach allgemeine Puffer im Haushalt vorsieht. Selbstverständlich werde dies auch in Korschenbroich nicht gemacht.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt fest, dass es keine weiteren Anträge oder Wortmeldungen im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2014 gibt.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

25. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich vom 12.11.2013

Seite 17 von 19

| | | | | | |
|--|--|---|----------------|--|-------------|
| Beschluss-Nr. VIII/917.1 | Abstimmungsergebnis: 10 Stimmen dafür 4 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltungen | | | | |
| <p>3 a) Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat bei Gegenstimmen der Ratsfraktionen Die Aktive und FDP sowie einer Stimmenthaltung der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 in der vorliegenden Fassung mit Haushaltsplan und Anlagen zu beschließen.</p> <p>Zur Haushaltsausführung empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat folgende Ansätze im investiven Bereich zu sperren:</p> <table><tr><td>INV20.010 – Beteiligung an den Stadtwerken Korschenbroich</td><td>2.500.000,00 €</td></tr><tr><td>INV60.015 – Umbau Gebäudeteil A des Gymnasiums hier: Ausbau des Parkplatzes an der Borrenstraße</td><td>90.000,00 €</td></tr></table> <p>Des Weiteren beschloss der Hauptausschuss folgende Prüfaufträge:</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, dem zuständigen Fachausschuss weitere Energieeinsparmöglichkeiten an städtischen Wohnimmobilien sowie Verwaltungsgebäude darzustellen und dabei den hierfür erforderlichen finanziellen Aufwand zu beziffern.</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, die Straßenbeleuchtung in den Ortsteilen Korschenbroich, Pesch und Liedberg von der NEW AG zu übernehmen.</p> | | INV20.010 – Beteiligung an den Stadtwerken Korschenbroich | 2.500.000,00 € | INV60.015 – Umbau Gebäudeteil A des Gymnasiums hier: Ausbau des Parkplatzes an der Borrenstraße | 90.000,00 € |
| INV20.010 – Beteiligung an den Stadtwerken Korschenbroich | 2.500.000,00 € | | | | |
| INV60.015 – Umbau Gebäudeteil A des Gymnasiums hier: Ausbau des Parkplatzes an der Borrenstraße | 90.000,00 € | | | | |

| | |
|---|--|
| Beschluss-Nr. VIII/917.1 | Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen |
| <p>3 b) Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat einstimmig, den Haushaltssanierungsplan 2012 in der Fassung der 2. Fortschreibung mit dem Haushalt 2014 zu beschließen.</p> | |

4. Stellen- und Organisationsplan 2014 der Stadt Korschenbroich sowie der städtischen Eigenbetriebe

| | |
|---|--|
| Beschluss-Nr. VIII/886.1 | Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür 2 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen |
| <p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat den Stellen- und Organisationsplan der Stadt Korschenbroich für das Haushaltsjahr 2014 sowie die Stellenpläne 2014 für den Städtischen Abwasserbetrieb und für den Eigenbetrieb Stadtpflege in den vorliegenden Fassungen zu beschließen.</p> <p>Die Stellen- und Organisationspläne sind der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.</p> | |

5. Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2014 in Verbindung mit der Neufassung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Korschenbroich

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach verweist auf die Ausführungen und die Gebührenbedarfsberechnung 2014 in der Sitzungsvorlage. Er erklärt, dass die Stadt Korschenbroich in den letzten Jahren noch Sonderrücklagen für den Bereich Abfall hatte, insbesondere durch hohe Erträge beim Papierverkauf. Diese Erlöse, die durch den Rhein-Kreis Neuss an die Stadt gezahlt werden, sind jedoch in den letzten Jahren rückläufig. Dieser Aspekt, sowie die höheren Kosten der Entsorger und nicht zuletzt die steigenden Abfallentsorgungsgebühren des Rhein-Kreises Neuss führten dazu, dass die Sonderrücklagen des Gebührenhaushaltes Abfall der Stadt Korschenbroich mittlerweile aufgebraucht wurden. Die in der Sitzungsvorlage erläuterte Erhöhung der Abfallentsorgungsgebühren sei daher unvermeidbar. Des Weiteren informiert Fachbereichsleiter Georg Onkelbach darüber, dass im nächsten Jahr die europaweite Ausschreibung des Entsorgervertrages vorbereitet werden wird. Dies könnte ggf. positive Auswirkungen auf den Gebührenhaushalt der Stadt Korschenbroich haben.

Ausschussmitglied Peter Berger bedankt sich für die Darlegungen der Verwaltung und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion.

Im Folgenden wird über die Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren sowie die Neufassung der Satzung zusammengefasst abgestimmt.

| | |
|--|---|
| Beschluss-Nr. VIII/937 | Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen |
| Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu dem vorgenannten Tagesordnungspunkt zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat zu beschließen: | |
| 1. Die Neufestsetzung der Abfallentsorgungsgebühren zum 01.01.2014 auf der Basis der Gebührenbedarfsberechnung, welche Anlage der Sitzungsvorlage war und der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 7 beigelegt wird. | |
| 2. Die Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Korschenbroich mit Wirkung vom 01.01.2014, die Anlage der Sitzungsvorlage war und der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 8 beigelegt ist. | |

6. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen seitens der Verwaltung vor.

7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Ausschussmitglied Jutta Goebel teilt dem Hauptausschuss mit, dass der Spatenstich für das Seniorenheim für den 22. November 2013 um 11.30 Uhr terminiert ist.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

25. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich vom 12.11.2013

Seite 19 von 19

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack spricht die neue Dichtigkeitsprüfungsverordnung des Landes an und fragt nach, inwieweit die Bürger der Stadt Korschenbroich davon betroffen sind.

Bürgermeister Heinz Josef Dick antwortet, dass eine entsprechende Satzung bereits in Arbeit sei. Es werde beabsichtigt, nur das umzusetzen, was im Gesetz steht. Sein Appell an die Bürger sei es, keine vorzeitigen Untersuchungen im Zusammenhang mit Dichtigkeitsprüfungen zu beauftragen.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach informiert darüber, dass es im Stadtgebiet zwei formal festgesetzte Wasserschutzgebiete gäbe, nämlich Hoppbruch und Büttgen-Driesch. Es steht noch nicht fest, welche Bürger in Detail betroffen sind. Die grundstücksbezogene Prüfpflicht werde per Satzung festgelegt.

Bürgermeister Heinz Josef Dick ergänzt, dass auch dem zeitlichen Rahmen in der Satzung Rechnung getragen wird.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach erklärt weiter, dass es für Neubauten eine generelle Prüfpflicht gebe, unabhängig von Wasserschutzgebieten.

Ausschussmitglied Britta Treptow informiert darüber, dass sie in letzter Zeit häufiger E-Mail mit Mahnungen bekommen würde, die ihr jetzt auch auf dem Postwege zugeleitet würden. Sie empfiehlt, diese unerwünschte Post zu ignorieren und wegzuschmeißen.

Auch Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen berichtet von dubiosen Schriftsätzen von Firmen aus Stuttgart.